



Drucken



Schließen



Schulen und Kindergärten vom Rotstift verschont

Haushaltssparkonzept verzichtet auf zwei Reizthemen - Diskussion um Hundesteuer

Von Dagmar Ruscheinsky

Die großen Auseinandersetzungen um die Fortsetzung des städtischen Haushalts-Sparkurses dürfte es in diesem Jahr nicht geben. Die Fraktionen des Stadtrates haben ihre Meinungsbildung über das Haushaltskonsolidierungskonzept (HSK) von Stadtkämmerer Detlef Nonnen weitgehend abgeschlossen.

Wenn das Konzept morgen in der Stadtratssitzung mit all seinen einzelnen Sparvorschlägen zur Abstimmung steht, so werden zwei große Reizthemen im Papier voraussichtlich gar nicht mehr enthalten sein: Zum einen wird Nonnen nach eigenen Worten auf seinen Vorschlag verzichten, die Grundschulen in Mittelbach, Klaffenbach, Euba sowie die Karl-Liebknecht-Grundschule aufzuheben. Zum zweiten scheint auch die zunächst geplante Erhöhung der Elternbeiträge für einen Kindergartenplatz vom Tisch. Denn gegen diese beiden Vorhaben gab es breiten Widerstand. In den großen Stadtratsfraktionen von CDU, SPD und PDS sind sie nicht mehrheitsfähig, ebenso wenig bei den Grünen.

Damit hat die Sparliste nur noch 20 Einzelpunkte, von denen aber die wenigsten strittig sind. Mit den 1,47 Millionen Euro Zusatzeinnahmen durch die Zweitwohnungssteuer, die in den Jahren 2006 bis 2009 eingenommen werden sollen, wird der Stadtkämmerer rechnen können. Das bestätigten CDU, SPD und auch die PDS. Fast unisono lautet in den Parteien die Begründung für die Zustimmung: Da bei Studenten lediglich eine ganz kleine Minderheit davon betroffen sein könnte, nämlich die Gruppe, die sowohl am Wohnort wie auch am Studienort eine eigene Wohnung unterhält, ist mit Widerständen aus dem Stadtrat nicht zu rechnen.

Ein Kompromiss zeichnet sich für die Erhöhung der Grundsteuer ab dem Jahr 2007 ab. Seit 2005 ist der Chemnitzer Hebesatz für die Grundsteuer bei 450 Prozent und sollte nach den Plänen von Kämmerer Nonnen ab 2007 auf 490 Prozent steigen. Begründet wird die Maßnahme allein mit dem Umstand, dass wegen der Erhöhung dieser Abgabe in vier anderen kreisfreien Städten sich die landesweite Berechnungsgrundlage für die Schlüsselzuweisungen des Landes auf 475 Prozent erhöht hat. Bleibt eine Kommune unter diesem Wert, so hat das negative Auswirkungen auf ihren Anteil an Schlüsselzuweisungen. SPD und PDS steuern deshalb den Mittelweg an und schlagen eine geringere Erhöhung auf den Durchschnittshebesatz von 475 Prozent vor.

Verändert werden soll auch der Vorschlag zur Erhöhung der Hundesteuer. Wie

SPD-Fraktionschef Axel Brückom sagte, werde aus Sicht der SPD nicht das Konsolidierungsziel in Höhe von mehr als einer halben Million Euro in den nächsten vier Jahren in Frage gestellt. Allerdings seien nicht nur die Besitzer eines Hundes verstärkt zur Kasse zu bitten, sondern auch die von zwei und mehr Hunden und damit die Last gerechter zu verteilen. "Und über die Steuer für so genannte gefährliche Hunde müssen wir auch noch reden", so Brückom. Ähnlich auch die Argumentation bei der PDS. Die CDU hat sich bei diesem Thema offenbar noch nicht festgelegt und hegt noch die Hoffnung, durch verstärkte Steuerkontrollen von Hundebesitzern die Einnahmen so zu verbessern, dass eine generelle Hundesteuererhöhung verzichtbar wird. Solche Kontrollen haben allerdings in der Vergangenheit nur sehr magere Ergebnisse gezeitigt. Der Kämmerer sieht sie deshalb lediglich als unterstützende Begleitmaßnahmen, nicht aber als Ersatz.

Treue und teure Freundin: Auch Ramona Gregori und René Fischer werden für ihre achtjährige Hündin Susi mehr zahlen müssen. Andreas Truxa

#

Publikation	Freie Presse
Lokalausgabe	Chemnitzer Zeitung
Erscheinungstag	Dienstag, den 08. November 2005
Seite	9

[→ Impressum](#) [→ Kontakt](#)